

Medienbeobachtung

07.02.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Städtebund fordert "ein besonders großes Stück" vom Steuerkuchen**
07.02.2023 , OÖNachrichten Seite 2

Städtebund fordert "ein besonders großes Stück" vom Steuerkuchen

Finanzausgleich: 93 Milliarden Euro werden an Bund, Länder und Kommunen verteilt

linz. Der Anspruch für den anstehenden Finanzausgleich sei "sicherlich nicht unverschämt" oder "hochtrabend", sagte der Linzer Bürgermeister und Präsident des oberösterreichischen Städtebundes Klaus Luger (SP), sondern "absolut gerechtfertigt". "Die Städte und Gemeinden brauchen viel mehr Geld." Statt zwölf sollen diese künftig 18 Prozent der Steuereinnahmen des Bundes erhalten, das bedeutet ein Plus von 5,6 Milliarden Euro.

Insgesamt geht es beim Finanzausgleich um rund 93 Milliarden Euro an gemeinschaftlichen Steuern, die zwischen den Gebietskörperschaften - Bund, Länder, Städte und Gemeinden - aufgeteilt werden sollen. Anfang Dezember 2022 hatten die Verhandlungen begonnen, sie werden sich noch über Monate ziehen, denn nach den Ländern fordern nun auch Gemeinden und Städte ein größeres Stück vom Steuerkuchen. 2024 soll ausbezahlt werden.

Der Ausgleich wird alle vier bis sechs Jahre neu verhandelt. Heuer soll dafür ein neuer Verteilungsschlüssel erarbeitet werden, zumindest wenn es nach dem Präsidium des oberösterreichischen Städtebundes geht.

"Im Stich gelassen"

Der bisherige Schlüssel sah 68 Prozent der Einnahmen für den Bund, 20 für Länder und 12 für Städte und Gemeinden vor. Den Letzteren "wurden in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übertragen", sagte der Welser Bürgermeister Andreas Rabl (FP). Die finanzielle Unterstützung sei aber gleich geblieben. Man werde "im Stich gelassen". Daher müsse der Anteil auf 18 Prozent steigen, fordert der Städtebund, dem neben Luger und Rabl auch die Bürgermeister von Leonding und Perg, Sabine Naderer-Jelinek (SP) und Anton Froschauer (VP) vorstehen. Der Bund solle stattdessen nur 62 Prozent erhalten.

Eine Neuregelung brächte Linz 150 Millionen Euro zusätzlich ein, rechnet Luger. Wels würde 37,5 Millionen und Steyr 30 Millionen Euro mehr erhalten. Geld, das man dringend brauche, etwa um die Kinderbetreuung zu finanzieren. In Leonding, der viertgrößten Stadt Oberösterreichs, seien die Kosten für Kinderbetreuung vergangenes Jahr von 4,5 auf sechs Millionen Euro gestiegen, sagte Bürgermeisterin Naderer-Jelinek.

Für die Pflege erhalten die Kommunen heuer 455,6 Millionen Euro, dies entspricht einer Erhöhung von 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Doch die Kosten samt Gehaltserhöhungen sind um 8,23 Prozent gestiegen. Der Städtebund will daher auch hier eine Anpassung der Mittel.

Mehr Geld fordert der Perger Bürgermeister Froschauer auch für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Alleine die Stadtregionen bräuchten 1,25 Milliarden Euro jährlich für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Umrüstung auf umweltschonende Fahrzeuge. (mis)

Bild: Drei Parteien im Vorsitzteam des Städtebunds: Froschauer (VP), Rabl (FP), Naderer-Jelinek und Luger (beide SP) Stadt Linz

Quelle	OÖNachrichten
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch

KOMMENTAR

VON
WOLFGANG BRAUN

Dialog im Krieg

Am 23. und 24. Februar ist Wien Gastgeber der nächsten OSZE-Konferenz.

Die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, ist aus der KSZE hervorgegangen, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Mit der KSZE und der so genannten Schlussakte von Helsinki

Die OSZE-Konferenz und die russische Delegation

im Jahre 1975 ist ein entscheidender Schritt zur Überwindung des Ost-West-Konflikts verbunden.

Wenn nun ausgerechnet zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine eine OSZE-Konferenz stattfindet, ist das allein schon deshalb mit enormer Bedeutung aufgeladen. Bereits in der Vorwoche haben zahlreiche OSZE-Mitgliedsländer die Forderung an Österreich erhoben, russische Delegierte nicht einreisen zu lassen.

Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg hat diesem Verlangen mit Hinweis auf das besondere Format der OSZE zu Recht nicht nachgegeben. Man braucht trotz des schrecklichen Krieges diese Fenster des Dialogs. Die OSZE ist aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte prädestiniert dafür.

✉ w.braun@nachrichten.at

ÜBERBLICK



Mikl-Leitner (VP) bekam die meisten Vorzugsstimmen. (APA/Fohringer)

Vorzugsstimmen-Sieger in Niederösterreich fix

SANKT PÖLTEN. Seit gestern liegt das amtliche Endergebnis der Niederösterreich-Wahl vor. An der Parteienstimmverteilung hat sich nichts geändert. Die ÖVP kommt auf 39,9 Prozent, die FPÖ auf 24,2, die SPÖ auf 20,7, die Grünen kommen auf 7,6 und die Neos auf 6,7 Prozent. Die meisten Vorzugsstimmen (rund 148.000) bekam Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (VP), gefolgt von FP-Chef Udo Landbauer (rund 98.000) und dem mittlerweile zurückgetretenen SP-Chef Franz Schnabl (rund 24.000). Knapp hinter Schnabl auf Platz vier folgt dessen Parteikollege, der Traiskirchner Bürgermeister Andreas Babler (ca. 21.000 Stimmen).

Abgelehnte Studierende sollen in Pflege arbeiten

LINZ. Auf jeden Medizinstudium-Platz in Linz kommen sechs Interessenten. All jene, die den Aufnahmetest nicht bestehen, will Oberösterreichs SPÖ-Gesundheits-sprecher Peter Binder, der auch Aufsichtsratsmitglied im Kepler-Klinikum ist, „für andere Gesundheitsberufe begeistern“. Er werde diese Frage auch im Landtag thematisieren.

Städtebund fordert „ein besonders großes Stück“ vom Steuerkuchen

Finanzausgleich: 93 Milliarden Euro werden an Bund, Länder und Kommunen verteilt

LINZ. Der Anspruch für den anstehenden Finanzausgleich sei „sicherlich nicht unverschämte“ oder „hochtrabend“, sagte der Linzer Bürgermeister und Präsident des oberösterreichischen Städtebundes Klaus Luger (SP), sondern „absolut gerechtfertigt“. „Die Städte und Gemeinden brauchen viel mehr Geld.“ Statt zwölf sollen diese künftig 18 Prozent der Steuereinnahmen des Bundes erhalten, das bedeutet ein Plus von 5,6 Milliarden Euro.

Insgesamt geht es beim Finanzausgleich um rund 93 Milliarden Euro an gemeinschaftlichen Steuern, die zwischen den Gebietskörperschaften – Bund, Länder, Städte und Gemeinden – aufgeteilt werden sollen. Anfang Dezember 2022 hatten die Verhandlungen begonnen, sie werden sich noch über Monate ziehen, denn nach den Ländern fordern nun auch Gemeinden und Städte ein größeres Stück vom Steuerkuchen. 2024 soll ausbezahlt werden.

Der Ausgleich wird alle vier bis sechs Jahre neu verhandelt. Heuer soll dafür ein neuer Verteilungsschlüssel erarbeitet werden, zumindest wenn es nach dem Präsidium des oberösterreichischen Städtebundes geht.

„Im Stich gelassen“

Der bisherige Schlüssel sah 68 Prozent der Einnahmen für den Bund, 20 für Länder und 12 für Städte und Gemeinden vor. Den Letzteren „wurden in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übertragen“, sagte der Welscher Bürgermeister Andreas Rabl (FP). Die finanzielle Unterstützung sei aber gleich geblieben. Man werde „im Stich gelassen“. Daher müsse der Anteil auf 18 Prozent steigen, fordert der Städtebund, dem neben Luger und Rabl auch die Bürgermeister von Leonding und Perg, Sabine Naderer-Jelinek (SP) und Anton Froschauer (VP) vorstehen. Der Bund solle stattdessen nur 62 Prozent erhalten.

Eine Neuregelung brächte Linz 150 Millionen Euro zusätzlich ein, rechnet Luger. Wels würde 37,5



Drei Parteien im Vorsitzteam des Städtebunds: Froschauer (VP), Rabl (FP), Naderer-Jelinek und Luger (beide SP) Stadt Linz

„Die Verteilung der Anteile muss neu gedacht werden. Mehr Aufgaben und Inflation bringen viele Städte und Gemeinden finanziell ans Limit.“

■ Klaus Luger, Präsident des Städtebundes und Bürgermeister (SP) von Linz

„Wir werden beim Finanzausgleich vergessen. Ich erwarte mir ein besonders großes Stück vom Kuchen.“

■ Andreas Rabl, Bürgermeister (FP) von Wels

„Es gibt große Erwartungen an die Städte, die zentralen Themen unserer Zeit zu lösen: Klimakrise, Pflege, Kinderbetreuung. Aber dafür brauchen wir auch finanzielle Unterstützung.“

■ Sabine Naderer-Jelinek, Bürgermeisterin (SP) von Leonding

„Es ist bisher nur gelungen, Erleichterungen für strukturschwache Gemeinden zu schaffen.“

■ Anton Froschauer, Bürgermeister von Perg (VP)

Millionen und Steyr 30 Millionen Euro mehr erhalten. Geld, das man dringend brauche, etwa um die Kinderbetreuung zu finanzieren. In Leonding, der viertgrößten Stadt Oberösterreichs, seien die Kosten für Kinderbetreuung vergangenes Jahr von 4,5 auf sechs Millionen Euro gestiegen, sagte Bürgermeisterin Naderer-Jelinek.

Für die Pflege erhalten die Kommunen heuer 455,6 Millionen Euro, dies entspricht einer Erhöhung von 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Doch die Kosten samt Gehaltserhöhungen sind um 8,23 Prozent gestiegen. Der Städtebund will daher auch hier eine Anpassung der Mittel.

Mehr Geld fordert der Perger Bürgermeister Froschauer auch für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Alleine die Stadtregionen bräuchten 1,25 Milliarden Euro jährlich für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Umrüstung auf umweltschonende Fahrzeuge. (ms)

Polen: Kein Boykott des OSZE-Treffens in Wien

Parlamentarische OSZE-Versammlung am 23. und 24. Februar – Konflikt um russische Teilnahme

WIEN. Polen will in jedem Fall an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 23. und 24. Februar in Wien teilnehmen, obwohl man zuvor vehement eine Ausladung der russischen Delegation wegen des Angriffskriegs Russlands in der Ukraine gefordert hatte.

„Die polnische Delegation hat nicht die Absicht, das Treffen in Wien zu boykottieren“, hieß es aus Kreisen der polnischen OSZE-Abgeordneten. Ein Fernbleiben von der Tagung wäre völlig falsch, hieß es. „Wir müssen uns der russischen Propaganda vehement widersetzen und dürfen nicht zulassen, dass die Parlamentarische Versammlung der OSZE ihr Forum wird“, hieß es weiter von polnischer Seite.

In der vergangenen Woche hatten wie berichtet 81 Abgeordnete

aus 20 Ländern von Österreich verlangt, die Teilnahme der russischen Delegation an der Tagung der OSZE in Wien zu verhindern. In einem offenen Brief wurde Österreichs Bundesregierung aufgefordert, russischen Abgeordneten, die unter internationalen Sanktionen stehen, keine Visa für die Einreise auszustellen. Der Brief ist auch von elf Mitgliedern der polnischen Delegation unterzeichnet. Die OSZE hat 57 Mitgliedsstaaten.

Tolstois Urenkel

Russland will an der Versammlung der OSZE in Wien teilnehmen, die genau ein Jahr nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine stattfindet. Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg (VP) hat seinerseits die Entscheidung verteidigt, russischen Abgeord-



Außenminister Alexander Schallenberg (VP) Foto: APA/Manhart

ten diese Teilnahme zu ermöglichen. Schallenberg verwies auf das Amtssitzabkommen, wonach Österreich allen Delegierten der teilnehmenden Staaten die Einreise ermöglichen müsse. Er orientiere

sich dabei klar am Völkerrecht, sagte Schallenberg.

Leiter der russischen Delegation ist Pjotr Tolstoi. Der Urenkel des Schriftstellers Leo Tolstoi gilt als Vertrauter von Präsident Wladimir Putin und ist Vize-Vorsitzender der russischen Duma. Ein weiterer prominenter Scharfmacher in der Delegation ist der Leiter des Außenausschusses in der Duma, Leonid Sluzki. Die beiden stehen auf der EU-Sanktionsliste wie fast alle der insgesamt 15 offiziellen russischen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung.

Russische Politiker hatten zuletzt 2021 an einer Sitzung der OSZE teilgenommen. Bei den bisher letzten beiden Versammlungen verweigerten die Gastgeberländer Großbritannien und Polen der russischen Delegation die Einreise.